

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 10.08.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:35 Uhr - 18:16 Uhr

stellvertr.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Sven Schulze

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Alexander Dierks Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP dienstlich

Herr Gordon Tillmann Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP dienstlich  
Dierks, Alexander Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP dienstlich  
Möstl, Klaus sachkundiger Einwohner

#### **Unentschuldigt**

Thielemann, Rebecca

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Solveig Kempe Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP 16.42 Uhr; TOP 4  
Frau Kerstin Seidel 16.41 Uhr; TOP 4

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Hans-Joachim Siegel Fraktion DIE LINKE 17.40 Uhr; TOP 5

#### **Ausschussmitglieder**

Frau Steffi Barthold SPD-Fraktion  
Frau Dr. Heidi Becherer SPD-Fraktion  
Frau Christin Furtenbacher Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Herr Dr. Alexander Haentjens Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP  
Frau Angela Müller Fraktion DIE LINKE  
Frau Katrin Pritscha Fraktion Die Linke  
Frau Susanne Schaper Fraktion DIE LINKE  
Herr Jörg Vieweg SPD-Fraktion  
Herr Michael Walter Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Ralph Beckert  
Herr Peter Borm  
Frau Christine Pastor

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Petra Liebrau Behindertenbeauftragte

#### **Gäste**

Herr Dirk Behrendt Betriebsleiter ASR/ESC zu TOP 4

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

|                          |                              |
|--------------------------|------------------------------|
| Frau Grit Heinig         | Sachgebietsleiterin 50.44    |
| Frau Ina Platzer         | Abteilungsleiterin 50.2      |
| Frau Anke Protze         | Abteilungsleiterin Abt. 53.2 |
| Herr Michael Seidel      | Referent Dezernat 5          |
| Herr Dr. Harald Uerlings | Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53  |
| Frau Cornelia Utech      | Amtsleiterin Amt 50          |

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Schulze** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 01.06.2017

Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 „Soziale Aspekte des Pfandsammelns“  
Behandlung des Themas gemäß des Antrages der Ausschussmitglieder (Fraktion DIE LINKE) nach § 36 Abs. 3 SächsGemO vom 12.05.2017 und Anhörung von Sozialarbeitern freier Träger sowie Mitarbeitern des Sozialamtes

**Herr Bürgermeister Schulze** erläutert, dass das Thema nach Paragraph 36 Absatz 3 Sächsische Gemeindeordnung gemäß dem Antrag vom 12.05.2017 behandelt werde. Hierbei sollen Sozialarbeiter freier Träger und Mitarbeiter des Sozialamtes angehört werden. Das Thema sei bereits im Betriebsausschuss und im Stadtrat diskutiert worden. Nun sollen die sozialpolitischen Aspekte diskutiert werden. Der Stadtrat habe bereits im März die Informationsvorlage Nummer I-017/2017 zur Kenntnis genommen.

**Herr Behrendt (Betriebsleiter ASR/ESC)** führt aus, dass der Abfallentsorgungs- und

Stadtreinigungsbetrieb (ASR) der Stadt Chemnitz mit Auftrag des letzten Jahres folgende Fragen zu prüfen hatte:

- Inwieweit ist in der Stadt Chemnitz das Anbringen von Pfandringen und –regalen umsetzbar?
- Ist das Ausrüsten mit überdachtem Einsatz umsetzbar?
- Welche Standorte sind geeignet?
- Die Einschätzung der damit verbundenen Kosten/ des Aufwandes.

Er erläutert weiterhin, dass man sich dabei auf Erfahrungen anderer Städte und auf laufenden Projekten gestützt habe. Daraus folgte dann die Informationsvorlage. Herr Behrendt gibt nähere Erläuterungen zu den Themen Standorte und Kosten. Bezüglich der sozialen Aspekte meint er, dass diese nicht im ASR liegen. Jedoch

seien diese wichtig. Ein wesentlicher Punkt seien die Adressaten. Es gebe vom Verband kommunaler Unternehmen einen Artikel zum Thema. Der ASR hat die Personen, die sich in dem Artikel geäußert haben angeschrieben, mit der Bitte mitzuteilen, ob es aktuell neue Erkenntnisse gebe. Das Ergebnis stellte sich sehr differenziert dar.

**Herr Mucha (Abteilungsleiter Wohnungslosenhilfe)** erklärt, dass die Straßensozialarbeiter über die Einführung der Pfandregale und -ringe mit dem Betroffenen gesprochen haben. **Herr Mucha** sagt, dass die Menschen Angst hätten, dass die Konkurrenz steige und nicht mehr genügend Geld übrig bleibe. Er ist der Meinung, dass die Betroffenen nicht in den Antrag einbezogen wurden und dieser eher dafür bestimmt sei, das Gewissen zu beruhigen. Für **Herrn Mucha** ergeben sich folgende Fragen:

- Gibt das Projekt den Menschen, die auf das Pfandsammeln angewiesen sind, ihre Würde zurück?
- Hält das Projekt die Flaschensammler davon ab, weiterhin im Müll zu suchen?
- Wird durch das Projekt die Armut nicht sogar gefestigt?
- Wird das Problem der Armut in der Stadt Chemnitz durch das Projekt gelöst?

Weiterhin meint er, dass der verschwenderische Umgang mit Ressourcen und das wirksame und zukunftsorientierte Überwinden der Situation von armutsgefährdeten oder armen Menschen nichts miteinander zu tun habe und nicht zu koppeln sei.

**Herr Borm (sachkundiger Einwohner)** erklärt, dass er als Sozialarbeiter jeden Tag Menschen Müll sammeln sehe und diese geschützt werden müssen. Er habe sich die Pfandringe nochmal angesehen. Man könne an die Pfandringe unterschiedliche Anzahlen von Pfandflaschen anbringen. Die Anbringung der Pfandringe sei sehr einfach. Der günstigste Pfandring würde 75 Euro kosten. Die Kommune müsse hierbei die finanzielle Seite beachten. Dies müssen aber die Stadträte diskutieren. Er appelliert, die Pfandringe anzubringen, da diese ihren Sinn hätten.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** äußert, dass die Armutsdebatte hier fehl am Platze sei. Sie meint außerdem, dass durch das Flaschensammeln das Glas wieder in den Kreislauf zurück gebracht werde. Diesbezüglich wurde noch nicht diskutiert. Es ginge auch nicht darum, dass man eine Befriedigung darin findet, dass andere Menschen den Müll sammeln, den man selbst verursacht habe. Sie stellt die Frage, ob die Angst bestünde, dadurch Flaschensammler anzulocken. Weiterhin möchte sie wissen, wie man darauf komme, in der Stellungnahme zu schreiben, man habe Angst vor organisierten und professionellen Flaschensammlern und einer erhöhten Konkurrenz. Eine weitere Frage wäre, ob aus Sicht des **Herrn Behrendt** die Menschenwürde verletzt werde.

**Herr Behrendt** antwortet, dass die Stellungnahme auch von der Stadtverwaltung und nicht ausschließlich vom ASR komme. Die Befürchtungen, welche **Frau Stadträtin Schaper** angesprochen hat, seien tatsächlich Erfahrungen, die andere Städte bereits gemacht haben. Er ist auch der Meinung, dass Müllsammeln menschenunwürdig sei und sich die Frage hierbei stellt, ob man das Sammeln des Mülls abstellen könne.

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** findet es gut, dass dieses Thema im Sozialausschuss diskutiert werde, da es auch um einen würdevollen Umgang mit den Menschen gehe. Ebenso pflichtet er **Herrn Mucha** bei, dass das offensive Anbieten von Almosen ein ebenso würdeloser Umgang sei, wie das Sammeln im Müll. Dieser

Widerspruch sei schwer zu lösen. Er bittet um Auskunft, wie man sich die Pfandsammel-Reviere vorstellen könne und wie viel die Menschen an Einkommen hätten und wofür sie dieses ausgeben. Er betont, dass dieser Antrag aus dem Jugendparlament komme und dieses Thema somit sehr ernst genommen werden müsse, da man sich eine Beteiligung der jungen Menschen wünsche. Er möchte, dass man am Ende der Diskussion zu einem Ergebnis komme.

**Herr Mucha** erklärt, was die Pfandsammel-Reviere betreffe, müsse man es sich so vorstellen, dass die Stadt unter den Flaschensammlern aufgeteilt sei und man Ärger bekäme, wenn man in einem fremden Revier sammeln würde. Er führt weiter aus, dass man durch das Sammeln von Flaschen nicht viel Geld verdiene. Das Geld werde nicht für Dinge des täglichen Bedarfs ausgegeben, sondern für Tabak und Alkohol, da die Betroffenen ihr Essen in der Bahnhofsmission oder bei den Schwestern der Nächstenliebe bekämen. Die Erfahrung aus anderen Städten sei, dass ein hoher Konkurrenzkampf unter den Flaschensammlern herrsche.

**Frau Stadträtin Furtenbacher (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** ist der Ansicht, dass das ökologische Argument am stärksten sei. Sie interessiert es, ob die Sozialarbeiter die Menschen direkt angesprochen haben oder ob es Beobachtungen von außen seien.

**Herr Borm** sagt, es seien Erfahrungen, die er mit Wohnungslosen gesammelt habe. Er unterstreicht allerdings, dass nicht nur Wohnungslose Flaschen sammeln. Es würden auch Menschen Flaschen sammeln, die nicht darauf angewiesen seien. Die Frage, ob man auch die Adressaten erreicht, die man erreichen möchte, könne man nicht beantworten, da sich dies erst im Laufe der Zeit zeigen werde.

**Herr Mucha** fügt hinzu, dass die Straßensozialarbeiter mit den Betroffenen über das Thema gesprochen haben. Im Ergebnis kam heraus, dass man über Pfandre-gale und Pfandringe nicht begeistert sei.

**Frau Stadträtin Schaper** wirft die Frage auf, ob Pfandringe nicht auch so eine Daseinsberechtigung hätten, da Pfandflaschen nicht in den Müll gehören.

**Herr Mucha** sagt, dass es nicht zielführend sei, die Diskussion über Armut anhand von Pfandringen zu führen. Durch das Anbringen von Pfandringen werden Armutsverhältnisse nicht verbessert. Es gibt zwei Aspekte, die nicht zusammengehören. Der erste Aspekt ist, wie man mit Ressourcen umgehe und der zweite Aspekt ist, welche Beschlüsse man fassen könne um Armut zu bekämpfen.

**Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE)** ist der Auffassung, dass Ressourcen und Soziales zusammen gehören.

**Herr Bürgermeister Schulze** fasst zusammen, dass es unterschiedliche Sichtweisen gebe, die nur bedingt zu vereinbaren seien. Es liege nun an den Stadträtinnen und Stadträten, daraus weitere Schritte abzuleiten.

## 5 Informationsvorlage an den Sozialausschuss

Informationen zu den Zwischenergebnissen zum Projekt „Chemnitz+ Zukunftsregion lebenswert gestalten“ gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Bekanntmachung „Gesundheits- und Dienstleistungsregionen von morgen“

Vorlage: I-032/2017

Einreicher: Dezernat 5 / Amt 50

**Frau Platzer (Abteilungsleiterin Abt. 50.2)** berichtet mithilfe einer Präsentation über Informationen zu den Zwischenergebnissen zum Projekt „Chemnitz+ Zukunftsregion lebenswert gestalten“.

Genauer geht **Frau Platzer** auf folgende Punkte ein:

- Projektpartner
- Zielgruppen des Projektes
- Projektsäulen

**Frau Stadträtin Schaper** bedankt sich für die Präsentation und meint, dass die Stadt Chemnitz eine Vorreiter-Position habe, was den Umgang mit älteren Menschen betreffe. Sie bittet um Auskunft, wie viel Personal für dieses Projekt eingesetzt werde.

**Frau Platzer** antwortet, es seien zwei Mitarbeiter, die an diesem Projekt arbeiten.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer** bedankt sich bei **Frau Platzer** und sagt, dass das Projekt gut sei, um mit der demografischen Entwicklung mitzugehen und die Probleme der Betroffenen menschenwürdiger zu gestalten. Sie möchte informiert werden, ob geplant sei, das Projekt in den Begegnungsstätten noch bekannter zu machen und ob die Betroffenen direkt integriert werden sollen.

**Frau Platzer** führt aus, dass der Fokus auf der Unterstützung des Senioren-Campus liege. Es wurde bei den Begegnungsstätten nachgefragt, welche Unterstützungsbedarfe es gebe. Der Senioren-Campus werde einmal zentralisiert am Kappellenberg angeboten. Zum anderen seien die Mitarbeiter auch in den Begegnungsstätten unterwegs. Hierbei bestünden bereits Kooperationsbeziehungen. Weiterhin führt sie aus, dass das Projekt viel Prävention enthalte.

**Herr Borm** meint, dass man den demografischen Wandel nicht aufhalten könne. Man könne jedoch das Altern verbessern. Er wirft die Frage auf, inwieweit man in der Lage sei, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

**Frau Stadträtin Pritscha** richtet an **Frau Platzer** die Bitte, die Bus-Schule auch für den Senioren-Campus anzubieten.

**Herr Stadtrat Vieweg** sagt, dass er es gut finde, dass so ein großes Netzwerk entstanden sei.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ist der Auffassung, dass man durch dieses Projekt in die eigene Zukunft investiere. Er möchte noch genauer zur Projektsäule 1 bezüglich der Kommunikation informiert werden.

**Frau Platzer** erläutert, dass das Kommunikationskonzept für ältere Menschen entwickelt wurde. Dieses Konzept werde von den Projektpartnern eingesetzt, um die Handwerker zu schulen. Momentan finden die Schulungen in einem kleinen Rahmen statt. Für das gerade entstehende Test- und Demonstrationszentrum soll es auch einen Schulungsraum geben. Sie geht genauer auf einen Informationsbrief ein. Hier sollen alle Menschen ab 80 Jahren erreicht werden, wenn die Ausweispflicht endet oder eine Bedürftigkeit eintritt.

**Frau Pastor (sachkundige Einwohnerin)** bemerkt, dass es auch schon um Menschen ab 50 Jahren gehe. Sie geht näher auf den sozialen Hausmeister ein. Sie stellt die Frage, ob es bereits in anderen Wohnungsgenossenschaften Synergie-

Effekte gebe.

**Frau Platzer** erläutert, dass in der Zeitung ein Artikel stand. In diesem ging es um das Projekt Die Kümmerer. Dieses werde vom Freistaat Sachsen unterstützt und nur in Sachsen für die Wohnungsgenossenschaften erprobt. Es gebe in den Wohnungsgenossenschaften in Sachsen bereits sehr viele sogenannte Kümmerer, die auch schon geschult seien.

**Frau Stadträtin Barthold (SPD-Fraktion)** berichtet, dass das Frühwarnsystem bereits in der Begegnungsstätte Einsiedel vorgestellt wurde. Bezüglich des Informationsbriefes möchte Sie von **Frau Platzer** wissen, wie man an die Adressen der Senioren komme, denn über den Ortschaftsrat weiß sie, dass man aufgrund des Datenschutzes an keine Adressen mehr komme. Weiterhin sagt sie, dass sie in der Begegnungsstätte von einer Seniorin angerufen und gefragt wurde, ob es möglich sei, dass jemand vom Sozialamt nach Einsiedel kommen könnte, da ein Informationsbrief gekommen sei und die Seniorin vorher noch nichts von einem solchen Brief wusste. Sie gibt den Hinweis, dass es gut wäre, wenn das Sozialamt bezüglich des Informationsbriefes Aufklärungsarbeit leisten würde. Ebenso ist ihr nicht klar, warum nicht alle Senioren diesen Brief erhalten.

**Frau Platzer** erläutert, dass geprüft wurde, ob das Einwohnermeldeamt dem Sozialamt Daten zur Verfügung stellen darf. Bezüglich des Datenschutzes erklärt sie, dass das Einwohnermeldeamt Daten ämterübergreifend zur Verfügung stellen dürfe, wenn es eine gesetzliche Grundlage gebe. Die gesetzliche Aufgabe, die das Sozialamt wahrnehme ist Paragraph 71 Zwölftes Sozialgesetzbuch. Die Altenhilfe sei darauf ausgerichtet, Schwierigkeiten, die im Alter entstehen, vorzubeugen, zu vermeiden oder zu verhindern. Dies sei ein Präventionsauftrag. Dies bedeute, dass das Meldegesetz besagt, dass dann die Daten zur Verfügung gestellt werden dürfen. Diese Daten dürfen nur einmal im Jahr gebündelt herausgegeben werden. Ebenso darf es nur zweckgebunden mit einem Auftrag zur Verfügung gestellt werden. Weshalb nicht jeder einen Brief bekommen habe, könne sie nicht beantworten. Es waren 17.000 Datensätze, die verarbeitet wurden. Es wurde zudem viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet. So war das Thema in der Presse und im Amtsblatt. Es werden auch nächstes Jahr wieder alle Menschen, welche 80 Jahre werden, angeschrieben.

**Herr Beckert (sachkundiger Einwohner)** sagt, alle Unterlagen und Recherchen laufen über die beteiligten Projektpartner in die Politik. Es gebe seit Juli 2017 im Freistaat Sachsen die Richtlinie Wohnraumanpassung, die Mieter und Eigentümer bei Mobilitätseinschränkungen dazu befähigen soll, diese im eigenen Wohnraum zu beseitigen und bis zum Lebensende dort leben zu können. Der Zuschuss durch den Freistaat Sachsen betrage bis zu 8.000 Euro. Bei bedürftigen Menschen werde es zu 100 Prozent bezuschusst und Rollstuhlfahrer bekämen bis zu 20.000 Euro. Diese Zuschüsse könnten durch die Betroffenen in der Stadt Chemnitz zukünftig noch besser angenommen werden.

**Frau Pastor** möchte Auskunft darüber, ob der Zuschuss in Höhe von 8.000 Euro an eine Pflegestufe gebunden sei.

**Herr Beckert** gibt die Auskunft, dass es nicht an eine Pflegestufe gebunden sei und man nur mobilitätseingeschränkt sein müsse.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens** hat eine Bitte bezüglich der Arbeit der Ortschaftsräte und der bisherigen Datenübermittlungspraxis und möchte, dass die Verwaltung dies an die zuständigen Dezernate zuleitet. Er bittet zu prüfen, was nach dem Bundesmeldegesetz und nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften zulässig ist und was nicht, um die Arbeit unter Umständen zu vereinfachen. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer** hat den Vorschlag bezüglich des Informationsbriefes, dass man das Schreiben ohne Namen den Begegnungsstätten zur Verfügung stellen könne, um somit Aufklärungsarbeit zu leisten.

**Frau Platzer** sagt, dass die Begegnungsstätten den Brief bereits hätten. Sie könne den Blanko-Brief aber gerne nochmal versenden.

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es liegen **keine** Informationen der Verwaltung vor.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

**Frau Stadträtin Furtenbacher** möchte Auskunft darüber, ob es seit der letzten Ausschusssitzung einen neuen Stand hinsichtlich der Besetzung der Stelle des Suchtkoordinators gebe. Sie fragt ebenfalls, ob es nach der Exkursion zum Revolution-Train nach Annaberg-Buchholz neue Entwicklungen gebe.

**Herr Dr. Uerlings (Amtsleiter, Amt 53)** antwortet, dass die Ausschreibung für die Stelle des Suchtkoordinators stattgefunden habe und diese intern erfolgte. Es gab fünf Bewerbungen und die Bewerbungsgespräche finden am 15.08.2017 statt. In der nächsten Ausschusssitzung werde das Thema Revolution-Train behandelt.

**Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** teilt mit, dass ihr ein Schreiben vorliege, dass die Zahnärztliche Untersuchung in den Kindertagesstätten generell in den Sommerferien stattfindet.

**Herr Dr. Uerlings** versichert, dass er den Fall prüfe.

**Frau Pastor** erklärt hinsichtlich der Ratsanfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket, dass beim Posten Mittagessen im Jahr 2014 eine Summe von 2.400 Euro ausgewiesen sei und in den Jahren 2015 und 2016 seien Summen von 2.500 Euro und 2.600 Euro ausgewiesen. **Frau Pastor** sagt, dass ihr immer Summen von 15.000 Euro vorgerechnet wurden und möchte nun wissen, wie diese unterschiedlichen Zahlen zu Stande kommen. Des Weiteren möchte sie wissen, ob die Mittagsversorgung der Kinder in den Schulferien noch im aktuellen Haushalt erfasst sei.

**Frau Utech (Amtsleiterin, Amt 50)** erläutert, dass die hohen Summen zu Stande gekommen seien, weil sie von den potentiellen Kindern ausgegangen sei, die einen Antrag stellen könnten. **Frau Utech** sei über die Zahlen sehr überrascht, da an die Einrichtungen umfangreiches Informationsmaterial gegeben wurde. Das Geld stünde weiterhin im Haushalt zur Verfügung. Die Plansumme wurde jetzt jedoch niedriger angesetzt.

**Frau Stadträtin Schaper** bittet um Erklärung, wie in den Jahren 2015 und 2016

eine Diskrepanz zwischen Leistungen und Aufwendungen entstanden seien.

**Frau Utech** möchte die Frage nochmal mitnehmen und schriftlich beantworten.

**Frau Stadträtin Pritscha** fragt nach dem Stand hinsichtlich des Beschlusses über Verwaltungsdokumente in einfacher Sprache.

**Frau Utech** berichtet, dass im Sozialamt eine Projektgruppe gebildet wurde. Diese Projektgruppe hat erst einmal eruiert, was es an Bescheiden, Anträgen und Broschüren gibt. Dies sei eine Vielzahl an Schreiben, weshalb man die Terminierung des Beschlusses wohl nicht schaffen werde. Es seien aber schon die ersten Ausfüllhilfen zu den Anträgen in einfacher Sprache formuliert. Sie weist darauf hin, dass Behörden generell verpflichtet seien, nicht nur schriftliches Material in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Gesprächsführung in einfacher Sprache zu gestalten. Somit müsse man die gesamte Verwaltung dahin gehend schulen. Was den Schulungsbedarf im Sozialamt betreffe, habe man eine Zeitschiene bis Ende 2019.

**Herr Bürgermeister Schulze** führt aus, dass es ein zentrales Fortbildungsbudget gebe. Es werden jedes Jahr Mittel bereitgestellt und Prioritäten gesetzt, für den Fall, dass das Geld nicht reiche.

**Frau Stadträtin Kempe** hat nochmal eine Frage zum Bildungs- und Teilhabepaket bezüglich der Lernförderung und möchte wissen, für wie viele Schüler die Lernförderung beantragt wurde. Ebenso will sie wissen, wie viele abgelehnt wurden und warum sie abgelehnt wurden. Sie bittet um Auskunft, ob in den Schulen geworben werde, dass es die Möglichkeit der Lernförderung gebe.

**Frau Utech** erklärt, dass sie bei der Auswertung des Bildungs- und Teilhabepaketes eindringlich darauf hingewiesen habe, sich stark zu machen, dass die Lernförderung nur bewilligt werde, wenn das Bildungsziel nicht erreicht werden könne. Die Lernförderung werde wenig in Anspruch genommen. Es werde keine Werbung in den Schulen gemacht, da es ein Einzelanspruch sei. Was die Ablehnungsgründe betreffe, ist es möglich, dass dies Fälle der Eingliederungshilfe nach dem Achten Sozialgesetzbuch sind.

- 7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** und Frau **Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bestimmt.

\*

\*

\*

**Herr Bürgermeister Schulze** schließt die Sitzung.



25.08.2017 *Schulze*  
Datum Schulze  
stellvertr. Vorsitzender  
des Ausschusses

04.09.2017 *S. Schaper*  
Datum Schaper  
Mitglied  
des Ausschusses

29.08.2017 *S. Kempe*  
Datum Kempe  
Mitglied  
des Ausschusses

23.08.2017 *Thümmeler*  
Datum Thümmeler  
Schriftführerin